

79. Sitzung

Mittwoch, den 06. Oktober 2004

Mainz, Deutschhaus

Landeshaushaltsgesetz 2005/2006 (LHG 2005/2006)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/3460 –

Erste Beratung

dazu: Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2004 bis 2008

Unterrichtung durch die Landesregierung

– Drucksache 14/3461; Vorlage 14/3601 –5241

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird von Staatsminister Mittler begründet.

*Die erste Beratung wird mit der Aussprache in der 80. Plenarsitzung
am 7. Oktober 2004 fortgesetzt.*

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans Artur Bauckhage, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner; Staatssekretär Bruch.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Dr. Edmund Geisen, Michael Hörter, Günter Rösch, Dr. Gerhard Schmidt, Heinz-Hermann Schnabel, Mathilde Weinandy; Staatsminister Walter Zuber.

Rednerverzeichnis:

Mittler, Minister der Finanzen:5241
Präsident Grimm:5241, 5247

**79. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 6. Oktober 2004**

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 79. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Alexander Fuhr und Matthias Lammert. Die Rednerliste wird von Herrn Lammert geführt.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Günter Rösch, Dr. Gerhard Schmidt, Michael Hörter, Heinz-Hermann Schnabel, Mathilde Weinandy und Dr. Edmund Geisen sowie Staatsminister Walter Zuber.

Gestatten Sie mir einige Hinweise zur Tagesordnung: Die bei der Verteilung der ausgedruckten Tagesordnung noch fehlenden Drucksachen der Beschlussempfehlungen zu den **Punkten 4 bis 7** der Tagesordnung wurden am Dienstag, den 5. Oktober, und damit fristgerecht für eine Beratung morgen am Donnerstag verteilt.

Zu **Punkt 11** der Tagesordnung: Der Gesetzentwurf „Landesgesetz über die Errichtung der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz und zur Änderung sparkassenrechtlicher Bestimmungen“ der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/3462 – ist am Freitag, den 1. Oktober eingegangen. Er wurde am Montag, den 4. Oktober, verteilt. Gemäß § 52 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags beginnen die Beratungen frühestens am vierten Werktag nach Verteilung der Drucksache. Da der Gesetzentwurf somit nicht fristgerecht verteilt wurde, ist mit der Feststellung der Tagesordnung gleichzeitig die Frist vor der ersten Beratung gemäß § 68 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung abzukürzen.

Zu **Punkt 12** der Tagesordnung: Zu dem „Landesgesetz zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (AGSGB II)“ wurde im Ältestenrat noch keine Redezeit festgelegt. Mir sind Informationen zugegangen, dass sich die Fraktionen nachträglich auf eine Redezeit von je fünf Minuten verständigt haben.

Mit diesen Hinweisen kann ich, da kein Widerspruch erfolgt, die Tagesordnung feststellen und entsprechend dieser Tagesordnung verfahren.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Landeshaushaltsgesetz 2005/2006 (LHG 2005/2006)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/3460 –
Erste Beratung**

**Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz
für die Jahre 2004 bis 2008
Unterrichtung durch die Landesregierung
– Drucksache 14/3461; Vorlage 14/3601 –**

Ich erteile nun Herrn Finanzminister Mittler das Wort.

Mittler, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Landesregierung bringt heute das Haushaltsgesetz und den Haushaltsplan für die Jahre 2005 und 2006 in den Landtag ein und legt den Finanzplan für die Jahre 2004 bis 2008 vor. Mit dem vorliegenden Zahlenwerk setzt die Landesregierung eindeutige Schwerpunkte, nämlich in den Bereichen

- Forschung und Wissenschaft,
- Schule und Bildung,
- Mobilität und
- Innere Sicherheit.

Vor allem aber kommt es darauf an, im Rahmen der Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte alles zu tun, dass die Wachstumskräfte gestärkt werden und im Zuge einer deutlichen konjunkturellen Erholung die Arbeitslosigkeit abgebaut wird und mehr Beschäftigung entsteht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dies entlastet nicht nur die Sozialsysteme, sondern leistet zugleich auch einen Beitrag zum Wachstum des Steueraufkommens und damit unmittelbar zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Insoweit kann deren Situation – und dies gilt für den Landeshaushalt uneingeschränkt – nicht losgelöst von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und Entwicklung beurteilt werden.

Die Jahre 2001 bis 2003 waren geprägt von wirtschaftlicher Stagnation, die beträchtliche Steuereinnahmefälle zur Folge hatte. Hinzu kommt die Auswirkung der Steuerreform des Jahres 2000, die in drei Entlastungsstufen in Kraft tritt; die letzte davon wird im Jahr 2005 wirksam. Andererseits haben sich die zwangsläufigen Ausgaben weiter erhöht. Lassen Sie mich die Scherenentwicklung, der wir uns gegenübersehen, an zwei Größen deutlich machen:

Nach dem vorliegenden Haushaltsplan werden die Steuereinnahmen des Landes im Jahr 2005 rund 600 Millionen Euro niedriger sein als noch im Jahr 2000, die Personalausgaben einschließlich der Landesbetriebe hingegen steigen im gleichen Zeitraum um mehr als 600 Millionen Euro an. Diese Differenz von gut 1,2 Milliarden Euro macht die Größe der Herausforderung, vor der wir stehen, deutlich. Dabei sind weitere zwangsläufige Ausgabensteigerungen nicht einmal berücksichtigt.

Die Ernsthaftigkeit der Kritik, die an dem vorliegenden Zahlenwerk geübt werden mag, muss sich deshalb daran messen lassen, ob sie dieser beschriebenen Situation Rechnung trägt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Der Einnahmenerwartung für beide Haushaltsjahre liegt die Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres zugrunde, die von einem realen Wirtschaftswachstum von 1,8 % für 2005 und 1,75 % für 2006 ausgeht. In den vergangenen Wochen und Monaten haben die wirtschaftswissenschaftlichen Institute ebenso wie internationale Organisationen, zum Beispiel die OECD und der IWF, ihre Prognosen für das laufende Jahr zum Teil deutlich erhöht. Dies hätte durch Anhebung des Basiswerts eine positive Wirkung auf die Folgejahre. Die im nächsten Monat anstehende nächste Steuerschätzung wird weitere Klarheit bezüglich der zu erwartenden Steuereinnahmen in den kommenden Jahren bringen.

Nicht nur bei den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten, sondern auch bei einer Vielzahl von Unternehmen ist die Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung deutlich positiver geworden, wobei allerdings nicht zu übersehen ist, dass die unverkennbaren Auftriebskräfte zurzeit noch im Wesentlichen von der Exportkonjunktur ausgehen. Auch müssen wir aufmerksam die weitere Entwicklung der Ölpreise beobachten.

Für die künftige Entwicklung wird es entscheidend sein, ob nunmehr die Binnennachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen und der private Konsum belebt werden. Für diese beiden Felder ist es von großer Bedeutung, ob sich das Vertrauen in die Nachhaltigkeit des begonnenen Aufschwungs und eine optimistische Beurteilung der künftigen Chancen durchsetzen werden. Wir können diesbezüglich keineswegs sicher sein, doch die positiven Anzeichen mehren sich, vor allem, wenn man zur Abwechslung durch die Brille ausländischer Betrachter schaut.

So ist zum Beispiel in der englischen Zeitschrift „Time Europe“ Ende Juni zu lesen: „Schauen Sie sich um in Deutschland und Sie sehen, wenn auch noch zögerlich, Zeichen der Erneuerung. Die erfolgreichen Tage sind noch nicht ganz zurück und die meisten Menschen in Europas früherem ökonomischen Kraftwerk sind zu niedergeschlagen, um es wahrzunehmen, aber es ist nun endlich Zeit für Optimismus gekommen.“

(Starker Beifall der SPD
und Beifall der FDP)

Im Frühjahr dieses Jahres hat das internationale Beratungsunternehmen Ernst & Young Führungskräfte internationaler Unternehmen zu Entscheidungskriterien bei ausländischen Investitionen befragt. Nach China und den USA wird Deutschland dort als attraktivster Investitionsstandort weltweit bezeichnet. Diese Antwort mag einige überraschen, wird aber verständlich, wenn man sich die wichtigsten Kriterien bei der Standortauswahl, die von den 201 befragten Unternehmen genannt werden, ansieht: Zum Beispiel Transport und Logistik, potentielle Produktivitätszuwächse, Infrastruktur für Telekommunikation, Arbeitskosten, Qualifikation der Arbeitnehmer, politische Stabilität und Rechtssicherheit und nicht zuletzt die Attraktivität des Binnenmarktes. Insbesondere hierauf verweist der Vorsitzende des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, Klaus Mangold, der Deutschland sozusagen als Sprungbrett für die Märkte in Osteuropa sieht.

Viele weitere Stellungnahmen positiver Art ließen sich anfügen, doch ich möchte nicht missverstanden werden: Natürlich ist der Reformprozess noch nicht zu Ende, und natürlich muss sich jeder Wirtschaftsstandort – und das gilt für die größte Wirtschaftsnation in Europa, Deutschland, in besonderer Weise – für die Bedingungen der globalisierten Märkte zukunftsorientiert positionieren. Doch entscheidend ist, mit welcher Grundeinstellung man diese Positionierung vornimmt: mit Verzagtheit, Larmoyanz und Resignation oder aber mit dem Vertrauen in die eigene Kraft und die Fähigkeit, die Probleme von morgen auch lösen zu können.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich denke, dass wir trotz aller Probleme und auch Schwächen Grund zur Zuversicht haben. „Wenn wir zusammenhalten und uns gemeinsam anstrengen, dann werden wir es schaffen“, hat der Bundespräsident am vergangenen Sonntag in Erfurt gesagt. Deutschland ist die größte Exportnation der Welt. Im vergangenen Jahr war das Exportvolumen 36 % höher als im Jahr 1998. Der Exportüberschuss hat sich im gleichen Zeitraum sogar exakt verdoppelt. Rheinland-Pfalz übrigens lag mit einer Exportquote von 45,1 % im vergangenen Jahr auf Rang 1 der westlichen Flächenländer, gefolgt von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Der Standort Deutschland ist für ausländische Investoren wieder attraktiv. In den Jahren 2000 bis 2003 haben ausländische Geldanleger 288 Milliarden Euro in Deutschland investiert. Diese Summe war mehr als dreimal so hoch wie in den vier Jahren zuvor.

Auch die Entwicklung unseres Landes kann sich sehen lassen. „Rheinland-Pfalz ist das Bundesland mit der drittgrößten Dynamik in Deutschland“, lautet das Fazit aus einem Report der „Wirtschaftswoche“ über eine Vergleichsstudie zur wirtschaftlichen Entwicklung der 16 deutschen Bundesländer, die von einem Forscherteam unter Leitung des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln für die Entwicklung in den Jahren 2001 bis 2003 erstellt wurde.

Danach lag Rheinland-Pfalz

- bezüglich einer wirtschaftsfreundlichen Standortgestaltung an fünfter Rangstelle,
- bei den Patentanmeldungen je Einwohner an vierter Rangstelle,
- bezüglich der Entwicklung der Erwerbstätigenzahl und bei der Steigerung der Bildungsausgaben an dritter Position,

(Bilden, CDU: Bei der Steigerung!)

- und bezüglich des Wachstums des Bruttoinlandsproduktes hatten wir hinter Sachsen einen herausragenden zweiten Platz bzw. unter den westdeutschen Ländern den Platz 1.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich darf auch auf die Studie „Deutschland 2020 – Die demographische Zukunft der Nation“ des Berlin-Institutes für Weltbevölkerung und globale Entwicklung verweisen. In dieser Studie wurde die Zukunftsfähigkeit der 440 Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland hinsichtlich ihrer Attraktivität und Entwicklungspotentiale anhand von 22 Indikatoren untersucht und bewertet. Dort nahm Rheinland-Pfalz hinter Baden-Württemberg und Bayern den dritten Platz ein.

(Beifall der SPD und der FDP)

Und nicht zuletzt: Rheinland-Pfalz hat auch nach den jüngsten Arbeitsmarktzahlen für den Monat September seine Position auf drittgünstigster Rangstelle bundesweit behaupten können.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, dies alles ist kein Grund zur Selbstzufriedenheit, wohl aber Anlass dazu, seitens der Landespolitik den bisherigen Kurs der Entwicklung unseres Landes fortzusetzen und die Konzentration auf die Felder, die für die Zukunftsfähigkeit von besonderer Bedeutung sind, noch zu verstärken.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dies ist auch der Maßstab, den die Landesregierung dem vorliegenden Doppelhaushalt zugrunde gelegt hat.

Der Doppelhaushalt weist folgende Eckdaten aus:

- Die bereinigten Ausgaben steigen in 2005 um 0,3 %, unter Berücksichtigung der Auslagerung der Universität Mainz aus dem Landeshaushalt um 0,7 %, im Jahr 2006 um 0,8 %. Damit wird deutlich, dass wir bei den Ausgaben weiterhin einen restriktiven und sparsamen Kurs fahren. Das zeigt sich auch bei einem bundesweiten Ländervergleich.

Von den Sparmaßnahmen sind die Mitglieder der Landesregierung übrigens unmittelbar betroffen. Die Ministerinnen und Minister bleiben von den allgemeinen Gehaltsanpassungen der Jahre 2003 und 2004 dauerhaft ausgeschlossen.

(Jullien, CDU: Das gilt auch für Abgeordnete!)

- Die Investitionsquote im Kernhaushalt beträgt 11,5 % bzw. 10,4 %, unter Berücksichtigung der Landesbetriebe 13,1 % bzw. 11,9 %. Damit dürfte Rheinland-Pfalz auch in den kommenden Jahren zu den Ländern mit der höchsten Investitionstätigkeit gehören.

(Beifall bei SPD und FDP)

- Die Personalausgabenquote, die das Verhältnis der Personalausgaben zu den Gesamtausgaben des Landes ausdrückt, liegt in beiden Jahren knapp über 41 %.
- Die Nettokreditaufnahme beträgt in den beiden Jahren 989 Millionen Euro bzw. 866 Millionen Euro;

hinzu kommen in den Landesbetrieben 212 Millionen Euro bzw. 196 Millionen Euro. Damit ist in beiden Haushaltsjahren die Verfassungsgrenze nach Artikel 117 der Landesverfassung, demzufolge die Kreditaufnahme nicht höher sein darf als die Investitionen, beachtet.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, das ist übrigens, wie ein Blick in die Länderhaushalte zeigt, wie sie zurzeit beraten und verabschiedet werden, keineswegs selbstverständlich.

- Bei der Bewertung der genannten Nettokreditaufnahme ist zu beachten, dass darin Zuführungen an den Pensionsfonds in Höhe von rund 160 Millionen Euro bzw. 190 Millionen Euro sowie des Weiteren das Verstedigungsdarlehen zugunsten der rheinland-pfälzischen Kommunen mit 216 Millionen Euro und 113 Millionen Euro enthalten sind, insgesamt also ein Betrag von rund 680 Millionen Euro. Um diesen Betrag stellt sich unsere Neuverschuldung ungünstiger dar als diejenige anderer Länder, die keinen Pensionsfonds dotieren und die den Kommunen keine Darlehen zur Verfügung stellen, sondern ihre eigenen Steuermindereinnahmen voll an die Kommunen überwälzen.

(Beifall bei SPD und FDP)

- Zum Ausgleich des Haushalts ist auch der Einsatz von Wohnungsbauvermögen des Landes vorgesehen. Insgesamt macht dies 645 Millionen Euro bzw. 555 Millionen Euro aus.

Meine Damen und Herren, ich räume ein, dass die Höhe der Verschuldung und die Nutzung des Landesvermögens insbesondere den Finanzminister besorgt machen. Deshalb habe ich auch nach Beschlussfassung im Ministerrat von einem „schwierigen Haushalt“ gesprochen.

Doch hätte der Verzicht auf diese Maßnahmen weitere drastische Einschnitte zum Beispiel bei der Neueinstellung von Anwärtern für den Schuldienst und die Polizei, bei der Ganztagschule, den Hochschulen und insbesondere bei den Investitionen zur Folge gehabt. Dies wollte die Landesregierung vermeiden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Im Übrigen ist die Veräußerung von Vermögen keine rheinland-pfälzische Erfindung, sie findet in Bayern und Baden-Württemberg, in Niedersachsen und Hessen, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen und überall sonst statt. Im Vermittlungsausschuss hat die Union im Dezember des vergangenen Jahres die Veräußerung von Bundesvermögen gar zur Bedingung für ihre Zustimmung zum Vorziehen der Steuerreform gemacht.

Die Landesregierung hat im Frühjahr beschlossen, in den kommenden fünf Jahren den Hochschulen insgesamt 125 Millionen Euro in einem Sonderprogramm „Wissen schafft Zukunft“ zur Verfügung zu stellen. Davon sind 50 Millionen Euro im Doppelhaushalt veranschlagt. Damit soll die finanzielle Grundausstattung der Hochschulen verbessert und sie in die Lage versetzt

werden, ihr Profil weiter zu schärfen und Spitzenleistungen zu fördern.

(Beifall bei SPD und FDP)

Durch eine Umstellung aufeinander abfolgender Studiengänge wird das Lehrangebot verbessert; überdurchschnittlich begabten Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern werden damit neue Wege eröffnet.

Die Hochschulen setzen ihre Profilbildung weiter fort. Unter anderem in der biomedizinischen, physikalischen und chemischen Forschung, bei den Informationstechnologien, der Materialforschung oder der interkulturellen Forschung, der Geschichtsforschung und in der Bildungsforschung erreicht Rheinland-Pfalz heute bereits Spitzenleistungen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Zurzeit gibt es in Rheinland-Pfalz zwei Fraunhofer-Institute. Zu den zwei vorhandenen Max-Planck-Instituten wird voraussichtlich im Jahr 2005 ein drittes hinzukommen. Die Fraunhofer-Institute und das hoffentlich hinzukommende Max-Planck-Institut arbeiten allesamt auf dem Gebiet der Informationstechnologie, die zu den zentralen Schlüsseltechnologien gehört. Sie alle bieten eine breite Palette von Kooperationsmöglichkeiten mit der regionalen und überregionalen Wirtschaft und helfen damit, neue qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen und vorhandene zu sichern.

Ganz besonders aufmerksam machen möchte ich darauf, dass ab dem Jahr 2005 die Universität Mainz aus dem Landeshaushalt ausgegliedert wird und die notwendigen Finanzmittel der Universität zur Eigenbewirtschaftung überlassen werden. Grundlage dafür ist das Hochschulgesetz, das der Landtag im Juli des vergangenen Jahres verabschiedet hat. Es ist an der Zeit, die Hochschulen aus den engen Vorschriften des kameraleen Haushaltssystems zu entlassen und damit ihre Eigenverantwortung zu stärken, eine Forderung, die seit Jahren allenthalben erhoben wird und mit der wir nun Ernst machen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Die Hochschulbaumaßnahmen werden weiterhin im Landeshaushalt veranschlagt. In den nächsten beiden Jahren ist eine Reihe baulicher Maßnahmen vorgesehen, zum Beispiel der Neubau für den Fachbereich Musik oder der Neubau der Kernchemie sowie das Hörsaal-Gebäude für die Chemie an der Universität Mainz. Dafür stehen insgesamt rund 50 Millionen Euro zur Verfügung.

Im Jahr 2005 wird mit dem zweiten Bauabschnitt der Fachhochschule Koblenz begonnen, für den ein Investitionsvolumen von 48 Millionen Euro vorgesehen ist; für die Fachhochschule in Mainz wird im Jahr 2006 der erste Spatenstich erfolgen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das Land Rheinland-Pfalz hat auf dem Gebiet der Ganztagschulen bundesweit einen entscheidenden Impuls gegeben und auch Maßstäbe gesetzt. Zum Schuljahresbeginn 2004/2005 waren 235 Ganztagschulen in Betrieb, bis zum Jahr 2006 werden es – wie in der Regierungserklärung 2001 in Aussicht gestellt – mindestens 300 sein.

(Beifall bei SPD und FDP)

Für die Jahre 2005 und 2006 sieht der Haushaltsentwurf für die Ganztagschulen 113 Millionen Euro Landesmittel vor, die um weitere rund 100 Millionen Euro Bundesmittel im Rahmen des Investitionsprogramms „Zukunft, Bildung und Betreuung“ erhöht werden.

Ohne Zweifel ist die Ganztagschule nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie ist darüber hinaus auch ein Beitrag aus fiskalischer Sicht; denn sie schafft für viele Alleinerziehende erst die Bedingung dafür, einen Arbeitsplatz annehmen und damit auf Sozialhilfe verzichten zu können.

(Beifall bei SPD und FDP –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Die Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut Polis für das Bildungsministerium durchgeführt hat, bestätigt, dass 75 Prozent der Eltern mit dem Angebot der Ganztagschule zufrieden oder sehr zufrieden sind.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wichtig ist natürlich die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung auf gutem Niveau. So sieht der Haushaltsplan 200 neue Planstellen vor. Wir reagieren damit vor allem auf die Bedarfsentwicklung bei den berufsbildenden Schulen.

Wir brauchen auch weiterhin genügend gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Mit 150 neuen Stellen wird die Ausbildungskapazität der Studienseminare deutlich erweitert.

(Beifall bei SPD und FDP)

Auch das Ziel, ein System von Schulen für Hochbegabte bzw. für internationale Schulen zu etablieren, wird schrittweise realisiert. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden drei Schulen für Hochbegabte den Betrieb aufgenommen haben,

(Beifall bei SPD und FDP)

und schließlich übersteigen durch die starke Förderung von Ganztagsangeboten, Kinderhorten und Kinderkrippen die Ausgaben für Kindertagesstätten im Jahr 2005 erstmals die Grenze von 200 Millionen Euro.

In der bereits erwähnten Untersuchung des Berlin-Institutes „Deutschland 2020“ heißt es: „Die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder sind im Westen nirgendwo besser als in Rheinland-Pfalz.“

(Starker Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, dies alles fordert uns finanzwirtschaftlich bis an die Grenze des Leistbaren, und noch ein Stück mehr.

(Zuruf von der CDU)

Bei einer Bewertung allein unter fiskalischen Aspekten könnte man zu dem Ergebnis kommen: Wir können es uns eigentlich nicht leisten. – Doch ich bleibe dabei: Auf den Feldern Schule, Bildung, Wissenschaft, Forschung, Betreuung nicht zu investieren, können wir uns noch viel weniger leisten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wenn wir über die Fragen von Bildung und Ausbildung sprechen und die damit verbundenen Chancen junger Menschen, so dürfen wir an dem außerordentlich wichtigen Feld der beruflichen Bildung und Ausbildung nicht vorbeisehen; denn wir wissen um die gemeinsame Verpflichtung und Verantwortung, die wir auf diesem Felde haben. Das gilt für die Politik ebenso wie für die Wirtschaft, und für diese, was die Bereitstellung der betrieblichen Ausbildungsstellen angeht, in besonderer Weise. Wir wissen um die große Anstrengung einer Vielzahl von Unternehmen im Land – und ich schließe die Kammern in dieses Bemühen ausdrücklich mit ein –, jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Doch leider zeichnet sich deutlich ab, dass noch nicht alle ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen jungen Leute einen Ausbildungsplatz haben. Daher geht von dieser Stelle erneut der Appell an alle Verantwortlichen, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, dass alle ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen jungen Leute auch einen Ausbildungsplatz erhalten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung des Wohn- und Arbeitsstandortes Rheinland-Pfalz. Über den Landesbetrieb Straßen und Verkehr investiert das Land in den Jahren 2005 und 2006 insgesamt 291 Millionen Euro in die Straßenverkehrsinfrastruktur. Schwerpunkt ist eindeutig der Erhalt des bestehenden Landesstraßennetzes. Darüber hinaus werden dringend erforderliche Neubaumaßnahmen in Angriff genommen. Insgesamt können landesweit 391 Einzelprojekte im Neu-, Um- und Ausbau der Landesstraßen und Brücken begonnen oder vorangebracht werden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Chancen aus der Bahnreform für die Entwicklung eines leistungsfähigen und modernen öffentlichen Personennahverkehrs werden weiter konsequent genutzt.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist aber kein Landesgeld!)

Für die Menschen ist die Innere Sicherheit eines Landes von großer Bedeutung, und die Polizeibeamtinnen und -beamten leisten dazu einen herausragenden Dienst. Eine leistungsfähige Polizei benötigt gut ausgebildetes

Personal in ausreichender Zahl und eine technische Ausstattung auf hohem Niveau.

(Beifall der SPD und der FDP
und des Abg. Billen, CDU)

Langfristig hält die Landesregierung eine personelle Mindeststärke der rheinland-pfälzischen Polizei von rund 9000 Beamtinnen und Beamten für erforderlich.

(Frau Kohnle-Gros: Wir haben
aber nicht so viele!)

In der Regierungsvorlage zum Haushalt ist diese Zielvorgabe umgesetzt. Es werden damit die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass in den Jahren 2005 und 2006 jeweils 250 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt werden können.

(Beifall der SPD und der FDP –
Bracht, CDU: Das soll reichen?)

Ein weiterer Schwerpunkt im Entwurf ist die Vorsorge für die bundesweit bevorstehende Einführung des digitalen Sprech- und Datenfunks für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Hierzu sind entsprechende Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen.

Meine Damen und Herren, nicht zuletzt der Anschlag von Madrid hat uns erneut deutlich gemacht, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, den Gefährdungen der Inneren Sicherheit durch Terrorismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln und moderner Technik zu widerstehen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir dürfen auch nicht übersehen, dass wir allen Grund haben, gegenüber den rechtsextremistischen Regungen und Bestrebungen in unserer Gesellschaft auf der Hut zu sein. In einer „wehrhaften Demokratie“ ist es Pflicht der Politik, die Arbeit der Sicherheitsorgane – der Verfassungsschutz gehört in hervorragender Weise mit dazu – zu unterstützen und eindeutig den Rücken zu stärken.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Finanzsituation der Kommunen ist in den vergangenen Jahren immer wieder Gegenstand auch heftiger Erörterungen in diesem Hause gewesen. Das hat natürlich damit zu tun, dass die negative Steuerentwicklung auch an den Kommunen nicht spurlos vorübergegangen ist. Das gilt insbesondere für die Gewerbesteuer. Diesbezüglich können wir allerdings nunmehr eine doch erfreuliche Entwicklung feststellen. Dafür gibt es zwei Gründe:

Zum einen sind die Gewerbesteuerzahlungen vieler Unternehmen wieder angestiegen. Des Weiteren ist im Zuge des Vermittlungsverfahrens im Dezember des vergangenen Jahres die Gewerbesteuerumlage, die die Gemeinden je zur Hälfte an den Bund und die Länder zu zahlen haben, deutlich abgesenkt worden. Dies hat in der Summe dazu geführt, dass die Netto-Gewerbesteuererinnahmen der rheinland-pfälzischen Kommunen

im ersten Halbjahr 2004 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 128 Millionen Euro – das sind immerhin gut 40 % – angestiegen sind. Der Zuwachs bei den kreisfreien Städten betrug sogar 72 %. Die Absenkung der Gewerbesteuerumlage belastet das Land im Doppelhaushalt mit rund 120 Millionen Euro.

Ich sage damit nicht, dass die finanziellen Probleme der Kommunen bereits überwunden wären. Allerdings erfahren die kommunalen Haushalte weitere Entlastungen. So möchte ich darauf hinweisen, dass die Nettoentlastung des Landes aufgrund von „Hartz IV“ in fairer Weise bis zum letzten Euro an die Kommunen weitergegeben wird.

(Beifall der SPD und der FDP)

Im Übrigen hat der Beistandspakt, den das Land mit den Kommunen abgeschlossen hat, verhindert, dass die Folgen der negativen Steuereinnahmentwicklung des Landes in den vergangenen Jahren im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs auch auf die Kommunen durchgeschlagen sind. Die Garantiesumme, die wir in diesem Beistandspakt in Höhe von 1,606 Mrd. Euro den Kommunen zugesichert haben, wächst 2005 und 2006 um jeweils 1 % an, sodass dem kommunalen Finanzausgleich im Jahr 2006 1,638 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

Damit kreditiert das Land seinen Kommunen im Doppelhaushalt weitere 329 Millionen Euro. Dieses Verstedigungsdarlehen erreicht damit im Jahr 2006 einen Stand von ziemlich genau 600 Millionen Euro.

(Billen, CDU: Darlehen!)

– Meine Damen und Herren, ich habe davon gesprochen.

(Itzek, SPD: Zuhören!)

Die Landesregierung hat den Beistandspakt zu einem Stabilisierungsfonds weiterentwickelt. Der entsprechende Gesetzentwurf wird heute eingebracht. Die Kommunen profitieren von dieser Weiterentwicklung dreifach. Zum Ersten gewinnen sie in erheblicher Weise an Planungssicherheit; denn ihre Einnahmen werden langfristig verstetigt. Zum Zweiten steigen die Zuwendungen des Landes jedes Jahr um mindestens 1 % an. Zum Dritten verzichtet das Land auf die Fälligkeitstellung des Verstedigungsdarlehens von 600 Millionen Euro im Jahr 2007 und gewährt stattdessen äußerst günstige, das heißt, zinsfreie und langfristige Rückzahlungsmodalitäten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Nicht nur für die Stabilität unserer Währung nach innen und nach außen, sondern auch aus Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen ist eine Begrenzung der öffentlichen Kreditaufnahme zwingend notwendig. Die Landesregierung bekennt sich daher erneut zu dem Ziel und der Notwendigkeit des ausgeglichenen Haushalts. Wenn ich für das Erreichen dieses Zieles kein festes Datum nenne,

(Jullien, CDU: Mehr nenne!)

so tue ich dies aus der Erfahrung heraus, dass wir uns im Jahr 2000 unter den aus damaliger Sicht realistischen Steuereinnahmenerwartungen die Erreichung dieses Zieles für den nunmehr vorliegenden Finanzplanungszeitraum vorgenommen hatten.

(Bracht, CDU: Hatten!)

Wohlgermerkt: unter der Prämisse der damals von allen Fachleuten erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung.

(Hartloff, SPD: Herr Teufel verabschiedet sich auch gerade!)

Stattdessen folgte dann eine Phase der wirtschaftlichen Stagnation, die in den vergangenen drei Jahren tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten hinterlassen hat.

Im vergangenen Jahr hatte Deutschland eine Defizitquote von 3,8 %. Das entsprach einem absoluten Betrag von 83 Milliarden Euro. Dies ist übrigens ziemlich genau die Summe, die nach den Berechnungen des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle als Nettotransfer aus den öffentlichen Haushalten und den Sozialversicherungssystemen von den alten in die neuen Länder floss.

(Pörksen, SPD: Hört, hört!)

Wir wollen die Kosten für den Aufbau in den neuen Ländern nicht beklagen, im Gegenteil. Allerdings wird zumindest bei einem europaweiten Vergleich der Staatsdefizite dieses singuläre Ereignis, das kein anderes Land zu tragen hat, erwähnt werden dürfen.

(Starker Beifall der SPD und der FDP)

Selbstverständlich sind auch die öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz – das gilt für das Land und die Kommunen gleichermaßen – von dieser Finanzierungsanstrengung betroffen. Die Landesregierung leistet mit diesem Haushaltsentwurf ihren Beitrag zur Einhaltung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

(Beifall der SPD und der FDP)

Im Finanzplanungsrat wurde gemeinsam beschlossen, dass die Länder ihre Ausgaben um nicht mehr als 1 % steigen lassen. Wir liegen für beide Jahre des Doppelhaushalts mit unserer Ausgabensteigerung darunter, auch wenn man den Ausgaben senkenden Effekt der Ausgliederung der Uni Mainz herausrechnet. Unser Haushaltsdefizit ist – so wie es im Doppelhaushalt für die nächsten beiden Jahre geplant ist – Maastrichtkonform.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung treibt die Modernisierung der Landesverwaltung zügig voran.

Eine Verwaltung, die weniger kostet und qualitativ hochwertige Leistungen bringt, ist einer der Erfolgsfaktoren für eine moderne Gesellschaft. Auf den Feldern zum Beispiel der Finanz-, der Justiz-, der Kataster-, der Agrar- und der Forstverwaltung, im Bibliothekswesen und bei der Neustrukturierung der mittleren Verwaltungsebene haben wir wichtige Projekte mit dem Ziel

umgesetzt, staatliches Handeln schlanker, transparenter und kostengünstiger zu machen.

Die Informations- und Kommunikationstechnologien werden die Verwaltungen in den nächsten Jahren weiter grundlegend verändern. Bürgerinnen und Bürger erhalten einen besseren und schnelleren Zugang zu Behörden und deren Informationen. Konkrete Beispiele sind der Aufbau des Umweltinformationssystems, die Einführung elektronischer Register in der Justiz oder das verbesserte Angebot an Geodateninformationen.

„Neue Wege im öffentlichen Dienst“ haben der Bundesinnenminister, der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes und der Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di das Eckpunktepapier überschieden, das sie vorgestern der Öffentlichkeit vorgestellt haben und auf dessen Grundlage sie eine Reform des Beamtenrechts anstreben. Bei allem, was bezüglich dieses Vorhabens noch im Detail zu hinterfragen sein wird, so besteht das herausragende Ereignis dieses Aktionsprogramms darin, dass die höchsten Verantwortungsebenen auf Seiten des Bundes und der Bediensteten die weit reichenden Vorschläge gemeinsam machen und tragen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es zeigt sich: Auch der öffentliche Dienst ist reformfähig, und zwar aus eigener Kraft.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ganz besonders aufmerksam machen möchte ich auf eine kleine Delikatesse, auf – –

(Zuruf von der CDU)

– Jetzt kommen die Feinschmecker heraus.

– – den Abschnitt in dem Eckpunktepapier, der sich mit der Beamtenversorgung und der Notwendigkeit eines Versorgungsfonds befasst. Dort heißt es unter anderem: „Mit der Einrichtung des Versorgungsfonds folgt der Bund dem Land Rheinland-Pfalz, das diese Lösung bereits im Jahre 1996 eingeführt hat und seitdem erfolgreich praktiziert.“

(Beifall bei SPD und FDP)

Diese Lösung bietet sich auch für die übrigen Länder zur nachhaltigen Finanzierung der Beamtenversorgung an.“

Jetzt dürfen Sie klatschen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Herr Bischel, das muss Ihnen doch aus der Seele gesprochen sein.

(Heiterkeit im Hause –

Ministerpräsident Beck: Hoffentlich tritt der Kollege Bischel jetzt nicht aus dem Beamtenbund aus!)

Der Bundesinnenminister und der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes und der ver.di-Vorsitzende Hand in Hand und dagegen die spärliche Bewertung des Pensionsfonds durch die CDU-Fraktion in diesem Hause.

Meine Damen und Herren, Deutschland befindet sich auf dem Pfad der Reformen. Dieser Prozess ist unumkehrbar; denn er hat seine Hauptursachen in einer grundlegend veränderten Wettbewerbslandschaft mit offenen Grenzen und stärker gewordenen Partnern und Konkurrenten sowie in der demographischen Entwicklung, das heißt, der zunehmenden Alterung unserer Gesellschaft. Die Agenda 2010 dient dem Zweck, diesen signifikanten Veränderungen des gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gefüges Rechnung zu tragen.

Dieser Prozess wird von vielen als schmerzlich empfunden, auf der Seite der tatsächlich, der möglicherweise und auch der nur vermeintlich Betroffenen, weil deutlich wird, dass der Staat in seiner Leistungsfähigkeit an Grenzen gestoßen ist. Schmerzlich ist er allerdings auch auf der Seite der politisch Handelnden.

Ich bin allerdings zutiefst davon überzeugt, dass in dieser Auseinandersetzung, nicht die auf Dauer erfolgreich sein werden, die alle schließlich gemeinsam gefassten Beschlüsse als nicht weitgehend genug erachtet haben, und sich dann, als sich massiver Widerstand zeigte, leise davonstehlen wollten, sondern jene, die unbeirrbar das für richtig Gehaltene auch umsetzen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das hat nicht nur mit Verlässlichkeit zu tun, sondern auch mit Verantwortung.

Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf will die Landesregierung ihrer Verantwortung gerecht werden. Wir halten die Investitionen in die Infrastruktur unseres Landes auf hohem Niveau, wir stärken die Wachstumskräfte, und insbesondere investieren wir in Schule, Bildung, Wissenschaft und Forschung und damit in die Zukunft unseres Landes.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltend starker Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, die Fortsetzung der ersten Beratung des Landshaushaltsgesetzes 2005/2006 findet morgen mit der Aussprache statt.

Ich lade Sie zur morgigen Sitzung um 09:30 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

E n d e d e r S i t z u n g: 14:52 Uhr.